

Aktuelle Stellungnahme des 32. Parteitages

Gegen den Pensionsraub Der Verschlechterung des Lebensstandards entgentreten!

Was die Regierungsparteien als "Pensionsreform" paktiert haben, hat die Funktion eines Vorschlaghammers zur Zerschlagung des Pensionssystems. Die einzelnen Maßnahmen lassen sich in ihrem Zusammenwirken folgendermaßen kennzeichnen: Länger arbeiten, bedeutende weniger Geld, extreme Ungerechtigkeiten, vor allem gegen Frauen, und nicht zuletzt weiterer finanzieller Rückzug des Staates aus dem Sozialsystem. Dazu kommen die Wirkungen der Abschaffung der Frühpensionen auf den Arbeitsmarkt: Höhere Alters- und Jugendarbeitslosigkeit! Ältere ArbeitnehmerInnen ohne Chance auf einen Arbeitsplatz werden mit dem Arbeitslosengeld, der Notstandsunterstützung oder gar der Sozialhilfe abgespeist werden. Jene aber, die noch länger arbeiten "dürfen", werden den Zugang jüngerer Menschen zur Erwerbsarbeit verlegen.

Dieses Programm, das nun in kürzester Zeit durchgepeitscht werden soll, wird katastrophale Auswirkungen auf die Versicherten haben. Frauen werden die höchsten Verluste hinnehmen müssen - generell sind alle jene am härtesten betroffen, die aus den verschiedensten Gründen, wie etwa Kindererziehungszeiten, Teilzeitbeschäftigung oder längerer Ausbildungszeiten, weniger und geringer bewertete Versicherungsmonate ausweisen können. Nach neuesten Berechnungen können die Pensionsverluste 30 Prozent und mehr betragen.

Die Abschaffung der Frühpensionen und die zu erwartenden finanziellen Verluste stellen einen schweren Eingriff in die Lebensplanung der jetzt arbeitenden Generationen und einen Bruch des Vertrauensschutzes dar und werden immer mehr Menschen in soziale Notlagen bringen. Ein Grundprinzip der Sozialgesetzgebung, nämlich die Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, wird gröblichst verletzt. Dem Wachstum der Armut wird Vorschub geleistet - und das in einer Situation, in der sich die PolitikerInnen nicht einmal dazu durchringen können, die ärgsten Sumpfb Blüten ihres eigenen Privilegiensystems zu beseitigen!

Die KPÖ protestiert gegen diese Angriffe auf das Pensionssystem und stellt sie in Zusammenhang mit den anderen geplanten Verschlechterungen, etwa im Bereich des Arbeitsrechts, des Gesundheitswesens und des Arbeitslosenrechtes.

Wir sagen: Weg mit diesem Regierungspaket !

Wir stellen den unsozialen Kahlschlagkonzepten der Regierung im Sinne einer finanziellen Sicherung und sozialen Reformierung des Sozialsystems die Forderung nach radikaler Umverteilung der

geschaffenen Werte entgegen.

Wir verlangen:

- * Einführung wertschöpfungsorientierter Arbeitgeberbeiträge in die Sozialversicherung, um Rationalisierungsgewinne verstärkt zur Finanzierung des Sozialsystems heranzuziehen.

- * Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine rigorose Besteuerung der Finanzspekulation. Körperschaftssteuer auf Wertschöpfungsbasis einheben, um endlich auch Konzerne und Banken zu erfassen.

- * Das Stiftungsgesetz soll aufgehoben werden, um zu verhindern, dass Superreiche ihre Millionen an der Besteuerung vorbeibugisieren.

Mit den Steuereinnahmen aus diesen Titeln können die Sozialausgaben des Staates, so auch der Staatsbeitrag zu den Pensionen, sichergestellt und Richtung Grundsicherung ausgebaut, werden.

- * Lohnsteuer massiv und nachhaltig senken, um einen Konjunkturimpuls zu setzen - Finanzierung der Lohnsteuerreform durch Anhebung der Steuern auf Kapitaleinkommen auf das Niveau der Besteuerung der Lohneinkommen.

- * Zurückdrängen und strenge Überprüfung "atypischer" und prekärer Arbeitsverhältnisse, rechtliche wie faktische Schaffung des Rechtes auf Vollzeitbeschäftigung sowie die Einbeziehung aller Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherung, was mehr Beitragseinnahmen und mehr sozialen Schutz bringt.

- * Für eine offensive Lohn- und Gehaltspolitik, die den ArbeitnehmerInnen nicht nur einen Inflationsausgleich, sondern eine spürbar höhere Abgeltung der gestiegenen Leistung bringt und auch die Beitragseinnahmen in die Sozialversicherung erhöht.

- * Radikale Arbeitszeitverkürzung auf 32 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich ohne weitere Flexibilisierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, was nichts anderes bedeuten würde, als: Mehr Kaufkraft, mehr Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeitragseinnahmen und mehr Spielräume für eine soziale Umgestaltung im Ausgabenbereich des Staates.

- * Einführung eines Mindestlohnes per Generalkollektivvertrag in Höhe von 1100 Euro. Gesetzliche Mindestpension auf dieser Basis ohne einschränkende Bestimmungen, wie etwa die Anrechnung des "Partnereinkommens".

Die KPÖ drängt in den Gewerkschaften und im ÖGB auf eine entsprechende Antwort auf die Kampfansage der Regierung: Alle gewerkschaftlichen Möglichkeiten sind auszuschöpfen, um diesen Angriff zurückzuweisen. Betriebsversammlungen, Demonstrationen, punktuelle Kampfmaßnahmen und Streik. Der ÖGB sollte angesichts der ungeheuren Herausforderung

notfalls zum Mittel des Generalstreiks greifen. Wir werden alle Initiativen in dieser Richtung aktiv unterstützen. Die KPÖ begrüßt die vom ÖGB beschlossenen Aktionen und Kampfmaßnahmen als Antwort auf diesen Generalangriff gegen den Lebensstandard breiter Teile der Bevölkerung und wird alle Kampfmaßnahmen aktiv unterstützen.